

XXIV. GP.-NR

9411 /J

05. Okt. 2011

ANFRAGE

des Abgeordneten Doppler, Gartelgruber
und weiterer Abgeordneter
an die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur
betreffend türkisches Privatgymnasium in Tirol

"tirol.orf.at" berichtete am 5.9.2011:

"Umstrittene Pläne für türkische Schule

Eine Gruppe türkischstämmiger Unternehmer plant in Rum im Bezirk Innsbruck-Land das erste gemischtsprachige Privatgymnasium Tirols. Das Vorhaben sorgt für geteilte Reaktionen. Ein Ansuchen im Landesschulrat liegt noch nicht vor.

Türkisch als Unterrichtsfach

Laut Entwurf soll Türkisch zusätzlich zum normalen Unterricht angeboten werden - als Muttersprache für türkischsprachige und als lebende Fremdsprache für nicht-türkischsprachige Schüler: "Um die Herausforderungen eines zusammenwachsenden Europas wahrnehmen zu können", wurde in der "Tiroler Tageszeitung" der schriftliche Antrag zitiert.

"Um Vorurteile und Barrieren in der Gesellschaft abzubauen" sollen laut Konzept "kulturelle Unterschiede und Besonderheiten" im Rahmen des Unterrichts herausgearbeitet werden.

Unternehmer planen Schule

Die Unternehmergruppe will mit dem Projekt mehr erreichen: Durch die Schule soll "auch Migrantenkindern die Integration erleichtert" werden, meinte der nach einem passenden Standort suchende Immobilientreuhänder Herbert Garber, in der "Tiroler Tageszeitung".

Gemeinde berät über die Pläne

Das Konzept sei bereits bei der Gemeinde Rum eingereicht worden. Der Antrag soll laut Bürgermeister Edgar Kopp im Ausschuss behandelt und dann darüber entschieden werden. Das Büro des Bürgermeisters verwies gegenüber der APA darauf, dass Montagabend eine Sitzung zu dem Thema stattfinden werde.

Verein will Schule betreiben

Schulerhalter soll ein Verein sein, der sich aus türkischstämmigen Unternehmern aus der Region zusammensetze. Dieser soll aber erst gegründet werden, sobald das Projekt von der Gemeinde positiv beurteilt wurde.

"Die wachsenden Herausforderungen des Zusammenlebens zwischen Menschen unterschiedlicher Kulturen verlangen nach innovativen Lösungen", wurde in der "TT" ein Auszug des Konzeptes für die Errichtung des Gymnasiums zitiert. Man sei überzeugt, dass "besonders Kindern aus Migrantenfamilien bei entsprechender Ausbildung als künftige Entscheidungsträger und gute Staatsbürger eine große Bedeutung zukommen wird", hieß es weiter.

Im Landesschulrat liegt noch kein Antrag vor

Landesschulratspräsident Hans Lintner hat in dieser Sache noch keine Gespräche geführt. Auch ein schriftlicher Antrag liege ihm noch nicht vor.

"Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass Integration dann gelingt, wenn die Schülerinnen und Schüler alle in einem Schulbereich untergebracht werden und sich

nicht die einzelnen Kulturgruppen spezialisieren und am Ende dann auch separieren. Das kann für eine Integration nicht förderlich sein", sagt Lintner grundsätzlich zu den Plänen. (...)

Noch kein Antrag im Unterrichtsministerium

Im Unterrichtsministerium kann man zu den Plänen nichts sagen, weil noch kein Antrag vorliegt.

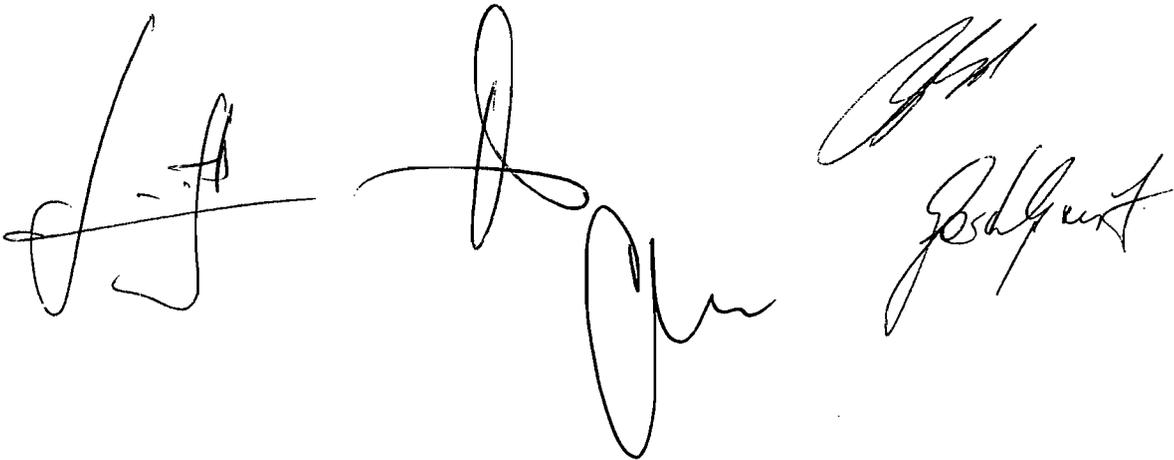
Man verweist aber grundsätzlich darauf, dass es sich um Pläne für eine Privatschule handle und nicht für eine öffentliche Schule. In so einem Fall könne man gesetzlich wenig dagegen tun, wenn die Betreiber alle Kriterien erfüllen.

In Wien gebe es aber bereits eine ähnliche gemischtsprachige Privatschule."

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur folgende

Anfrage

1. Welche Kriterien müssen erfüllt werden um ein Privatgymnasium eröffnen zu dürfen?
2. Wer überprüft diese?
3. Wer darf an derartigen Schulen unterrichten?
4. Wurde das Öffentlichkeitsrecht beantragt?
5. Wird diese Schule seitens ihres Ressorts finanziell gefördert?
6. Wenn ja, warum und in welcher Höhe?



5/12